



**Antrag des Unterausschusses  
Kultur, Jugend, Soziales**

München, 06.02.2017

---

**Rücknahme der Zweckentfremdungsgenehmigungen in der Paul-Heyse-Straße  
30-34 und in ähnlich gelagerten Fällen**

---

Der Bezirksausschuss 2 möge beschließen:

**Die Stadt wird aufgefordert, alles in ihrer Macht stehende zu tun, um die erteilten Zweckentfremdungsgenehmigungen für Wohnungen in der Paul-Heyse-Straße 30-34 und in ähnlich gelagerten Fällen zurückzunehmen. Gleichzeitig möge die Stadt dem BA mitteilen, unter welchen Bedingungen die Zweckentfremdungsgenehmigungen zurückgenommen werden können.**

---

**Begründung**

Bis vor einigen Jahren hat die Stadt gegen den erklärten Willen des BA 2 Zweckentfremdungsgenehmigungen zum Zweck der Fremdenbeherbergung genehmigt. So wurde dem BA zum Beispiel mit Schreiben vom 11.04.2014 mitgeteilt, dass die Zweckentfremdung einer Wohnung in der Paul-Heyse-Straße 34 gegen die Zahlung eines einmaligen Ausgleichsbetrages genehmigt worden ist. Dies ist nur eines von mehreren Beispielen; der Antrag bezieht sich auch auf ähnlich gelagerte Fälle.

Mittlerweile werden nach Auskunft des Sozialreferats solche Genehmigungen nicht mehr erteilt, wenn mit der Zweckentfremdung eine Fremdenbeherbergung insbesondere im Bereich des sogenannten Medizintourismus beabsichtigt ist.

Die bereits erteilten Zweckentfremdungsgenehmigungen stellen nach wie vor ein Problem und ein Ärgernis dar. Aus diesem Grund sollte die Stadt alles in ihrer Macht stehende tun, diese Zweckentfremdungsgenehmigungen wieder zurückzunehmen. Der BA geht davon aus, dass das rechtlich nicht ganz einfach ist und würde die Stadt dabei gerne unterstützen. Dazu muss der BA die rechtlichen Möglichkeiten für eine Rücknahme der Zweckentfremdungsgenehmigungen kennen.

Planungsrechtlich ist zu berücksichtigen, dass in der Umgebung immer mehr Boardinghäuser beantragt und genehmigt werden (z.B. aktuell in der Landwehrstraße 26 und 75), so dass keine Gefahr besteht, dass die Fremdenbeherbergung im Umfeld „zu kurz kommen würde“, wenn die Zweckentfremdungsgenehmigungen zurückgezogen würden.

---

Initiative: Beate Bidjanbeg, Gerhard Metzger

---